

Die Ratssitzung am 21. Mai 2019



Neben etlichen Verwaltungsvorlagen standen in der Ratssitzung auch viele Anträge auf der Tagesordnung. Wir GRÜNE haben dabei mit einem Antrag zur Nutzung der Windkraft und einem Änderungsantrag zur Verschärfung der Wohnraumschutzsatzung Akzente setzen können.

Nachdem in der Ratssitzung im April bei allen Fraktionen deutlich der Wille zu spüren war, die Zusammenarbeit zu intensivieren und gemeinsam an den großen Herausforderungen der Stadt zu arbeiten, begann diese Ratssitzung mit vielen gemeinsamen Initiativen und Änderungsanträgen. Schließlich aber versuchte sich die SPD beim NRW-Tag als Spaltpilz und begab sich bei der Abstimmung über die Freigabe von Planungsmitteln für den Ausbau der Ost-West-Achse sogar in die Fundamentalopposition. Alles weitere zu den einzelnen Anträgen und Initiativen findet Ihr weiter unten.



Aktuelle Stunde im Rat:

Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Annullierung der Wahl in Istanbul – Sorge um den Zustand der Demokratie in unserer Partnerstadt“

Am 06.05.2019 wurde die Bürgermeisterwahl in Istanbul annulliert und eine Wiederholung für den 23. Juni angeordnet. Der Kandidat der größten Oppositionspartei CHP, Ekrem Imamoglu, hatte die Wahl vom 31. März 2019 knapp vor Ex-Ministerpräsident Binali Yildirim gewonnen. Nach der Entscheidung der Wahlkommission wurde Imamoglu das Mandat wieder aberkannt.

Bürgermeister [Andreas Wolter](#) betonte in seiner Rede zur [Aktuellen Stunde](#): „Es ist in meinen Augen Aufgabe einer kommunalen Außenpolitik, den Kontakt zu den Partnerstädten zu stärken und die Unterstützung der Zivilgesellschaft und deren bürgerschaftliches Engagement in Städten wie Istanbul, Corinto, Rio, Beijing oder Bethlehem zu verstärken und in den Fokus der Städtepartnerschaftsarbeit zu nehmen.“

Unsere Möglichkeiten sind beschränkt, aber wir sind nicht alleine. Tausende von deutschen Städten verfahren ähnlich und damit ergibt sich eine breite Öffentlichkeit für die bestehenden Probleme, Bedrohungen und Ungerechtigkeiten. Internationale Kontakte, Wahrnehmung und auch Öffentlichkeit können ein wirksamer Schutz für bedrohte Menschen in unseren Partnerstädten sein!“

Alle demokratischen Kräfte im Kölner Rat verabschiedeten folgende [Resolution](#).



Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend "Nutzung der Windenergie in Köln"

In Köln gibt es schon ein Gebiet, in dem Windräder errichtet werden könnten. Dieses ist eher ungeeignet und galt seit jeher als Verhinderungszone für Windräder.

Die Energiewende muss voran gebracht werden. Zudem werden durch eine Energiequelle vor Ort die Transportwege verringert. Aus diesem Grund soll in Köln nun endlich ein Gebiet ausgewiesen werden, in dem es eine realistische Chance für Energie aus Windkraft gibt.

[Gerd Brust](#), energiepolitischer Sprecher der GRÜNEN Ratsfraktion: „Da sich in den vergangenen Jahren sowohl die Kriterien als auch die Methodik der Potentialflächenuntersuchung weiterentwickelt haben, gehen wir davon aus, dass es geeignetere Flächen für die Windenergie als die heute ausgewiesene Konzentrationszone nahe Frechen/Gut Horbell im Kölner Westen gibt. Die Verwaltung wird nun beauftragt, diese Möglichkeiten zu untersuchen.“

Der [Antrag](#) von CDU, GRÜNEN und der Ratsgruppe GUT wurde im Rat beschlossen.



Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Innovative Mobilitätskonzepte in neuen Quartieren umsetzen und Finanzierung langfristig sicherstellen - Mobilitätsfonds für Köln aufbauen!"

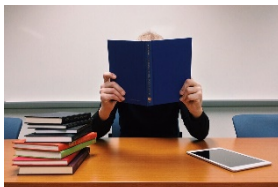
Das Ziel, den motorisierten Individualverkehr (MIV) zu bändigen, heißt reduzieren und innovative Mobilitätskonzepte zu entwickeln. Das können wir nur unterstützen. Aber mit den vorgetragenen [Instrumenten der SPD](#) funktioniert dies nicht, da diese

1. wieder einmal viel zu kleinteilig und bürokratisch sind und
2. nicht wirklich zielführend.

Zuerst einmal brauchen wir die ausstehende neue Stellplatzsatzung, mit der die Anzahl der herzustellenden Parkplätze je Wohngebiet geregelt wird.

Bereits jetzt wird mit Investoren verhandelt, Flächen für Carsharing-Stationen abzutreten, sich an den Kosten für ÖPNV Maßnahmen zu beteiligen und Fahrradabstellanlagen zu errichten, um weniger Parkplätze herstellen zu müssen. Dazu braucht es keine neuen Regelungen.

Was es braucht, sind intelligente Mobilitätskonzepte, die auf neue, vielleicht jetzt noch nicht entwickelte Mobilitätsformen abzielen und die bekommt man nicht durch einen Fond, weshalb wir den Antrag von SPD und BUNT ablehnen.



Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Schulsozialindex weiterentwickeln und breit anwenden!"

Der ursprünglich von der SPD eingebrachte, wenig aussagekräftige [Antrag](#) wurde auf Initiative des grünen schulpolitischen Sprechers Horst Thelen [überarbeitet](#).

Wir finden 3 zusätzliche Punkte unabdingbar, die in den Index aufgenommen werden müssen:

- a) die Prüfung der bedarfsgerechten Ausstattung der Schulen (Verbesserung des Personals/Schulbegleitungen, auskömmliche Sachmittel, Verbesserungen in baulicher Hinsicht)
- b) Verhandlung mit der Bezirksregierung zur Senkung der Klassenfrequenzen in Klassen des gemeinsamen Lernens und
- c) die kurzfristige Darlegung eines Maßnahmenkatalogs mit Blick auf das Ziel der Stärkung der entsprechenden Schulen.

Im Bildungsmonitoring-Bericht 2018 hat sich die Stadtverwaltung verpflichtet, Schulen entsprechend des Schulsozialindex zu stärken. Das muss so auch umgesetzt werden. Des Weiteren sind die obigen Forderungen insofern unverzichtbar, als sich alle städtischen Gymnasien von der Inklusion verabschiedet haben, wodurch die anderen, Inklusion umsetzenden Schulen gestärkt werden müssen, damit die Behindertenkonvention der Vereinten Nationen umgesetzt wird.

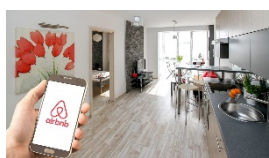
Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Wohnen.Bezahlbar.Machen – Eigentümer verpflichtet, auf freien Grundstücken Wohnungen zu bauen!"



Auch dieser [Antrag](#) der SPD und der Gruppe BUNT ist eher populistisch als zielführend.

Bereits jetzt erlässt die Stadt Köln Baugebote und setzt diese auch durch. Allerdings dauern die Verfahren sehr lange und bringen nicht wirklich viel neuen Wohnraum, bezahlbaren auch nicht. Besser sollten die Beratungsstellen für Baulückenschließung gestärkt und innovative neue Bauformen unterstützt werden. Genossenschaften und anderen gemeinschaftlich orientierten Bauwilligen sollten verstärkt städtische Grundstücke zur Verfügung gestellt werden.

Diesen Weg beschreiten wir und lehnen deshalb den unsinnigen SPD Antrag ab, bitten aber in einem [Änderungsantrag](#) die Verwaltung, uns genauere Details zu den Ausmaßen der Bauverweigerung und den Gründen dazu darzustellen.



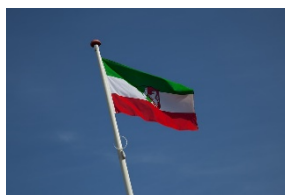
Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum in Köln (Wohnraumschutzsatzung)

Das Thema Zweckentfremdung von Wohnraum, Stichwort Airbnb, wurde und wird von der GRÜNEN Ratsfraktion immer hochgehalten und [vorangetrieben](#).

Deswegen [begrüßen](#) wir grundsätzlich die Beschlussvorlage der Verwaltung zur Verlängerung der [Satzung](#) zum Schutz und Erhalt von Wohnraum in Köln ab dem 01.07.2019.

Dass die Satzung juristisch derart herausfordernd ist, hatten wir befürchtet, von daher freuen wir uns, dass es in der gestrigen Ratssitzung aufgrund der Wichtigkeit des Themas gelungen ist, dass sich alle demokratischen Fraktionen und Gruppierungen zu einem [gemeinsamen Änderungsantrag](#) zusammengefunden haben.

Im Ergebnis kann nur die Änderung des [Wohnraumaufsichtsgesetzes Nordrhein-Westfalen](#) (WAG NRW) zu einer deutlichen Verschärfung der Zweckentfremdung von Wohnraum in Köln führen, das haben wir in unserem Änderungsantrag zum Ausdruck gebracht. Jetzt erwarten wir von der Landesregierung eine klare Überarbeitung!
Wir bleiben am Thema dran und werden regelmäßig berichten!



Bewerbung der Stadt Köln für die Austragung des NRW-Tages 2020

Im Gegensatz zu anderen Städten, die allesamt abgelehnt haben, den NRW-Tag auszurichten, sehen CDU, GRÜNE und die Ratsgruppe GUT die [Bewerbung](#) als Chance für Köln, sich als Stadt zu präsentieren.

Gleichwohl nicht zu den Vorgaben resp. Rahmenbedingungen, die das Land sich so gedacht hatte! Insofern wurde durch CDU, GRÜNE und GUT ein [Änderungsantrag](#) zur Vorlage der Verwaltung eingebracht. Mit diesem wurden die Punkte Vielfalt, Mobilität, Klimaneutralität und eine geringere finanzielle Beteiligung der Stadt Köln gefordert und im Rat mehrheitlich beschlossen.

Auf Wunsch der SPD, die versuchte, hier einen Keil in das schwarz-grüne Ratsbündnis zu treiben, wurde über den gemeinsamen Antrag von CDU, GRÜNEN und GUT eine geheime Abstimmung durchgeführt. Trotz vorher angekündigter krankheitsbedingter Ausfälle bei der CDU ergab sich eine deutliche Mehrheit für unseren Änderungsantrag!

Die Vielfältigkeit von Kultur und Musik sowie die unterschiedlichen Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements der Diversity-Stadt Köln sollen sich beim NRW-Tag widerspiegeln. Ebenso soll die autofreie Innenstadt mit dem NRW-Tag verknüpft werden und passend dazu auch ein fahrscheinloser Tag bei der Anreise mit dem ÖPNV. Daneben soll die Veranstaltung auch das „Zero Waste“-Konzept verfolgen, damit der NRW-Tag klimaneutral ausgerichtet werden kann. Dass die Kriterien des Fair-Trades dabei berücksichtigt werden, versteht sich von selbst. Schlussendlich soll das Konzept so aufbereitet sein, dass die Stadt Köln nicht den bisher angedachten Zuschussbedarf von 824.000€ stemmen muss. Es ist eine Veranstaltung des Landes NRW, da kann es nicht sein, dass das Land einen solchen Batzen auf die Kommune abwälzt. In diesem Sinne ist nun die Verwaltung aufgefordert, das Konzept mit diesen Maßgaben zu überarbeiten, um sich dann bewerben zu können.

Wahlen

Es gab einige Änderungen in den Ausschüssen und Zuständigkeiten innerhalb der Ratsfraktion. Mit der gestrigen Sitzung wurden folgende Änderungen durchgeführt: [Frank Hauser](#) ist nun Mitglied im Beschwerdeausschuss und stellvertretendes Mitglied in der Zweckverbandsversammlung der Sparkasse Köln Bonn.

[Luisa Schwab](#) wurde in den Aufsichtsrat der Jugendzentren Köln gGmbH und die Deputation der Guillaume-Stiftung St. Antoniusheim gewählt.

-
- [Die komplette Tagesordnung der Ratssitzung inkl. aller Vorlagen](#)

Impressum:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kölner Rat
Rathaus – Spanischer Bau * Rathausplatz 1 * 50667 Köln Tel.: 0221 – 211 25919 * Fax: 0221 – 221 24555
Mail: Gruene-fraktion@stadt-koeln.de www.gruenekoeln.de
V.i.S.d.P.: Lino Hammer, Fraktionsgeschäftsführer